

Kippt Syrien als Nächstes? Domino auf der Achse des Bösen

Die Bescherung für George W. Bush und Tony Blair fiel unerwartet üppig aus. Nach einer Serie von Fehlschlägen, Demütigungen und argumentativen Sackgassen nach dem Irak-Krieg erschien die „Neuordnung des Nahen Ostens“ aus der Sicht der USA und ihrer Verbündeten wieder in einem helleren Licht. Eine Inkarnation des Bösen wurde besiegt, die andere entschärft, um es mit Bushs kindlicher Weltsicht zu formulieren. Das ist zunächst positiv. Nach dem schnellen Kollaps seines Regimes musste Saddam Hussein im Dezember aus seinem Erdloch kriechen und sich öffentlich demütigen lassen. Der zweite Diktator, der sich gerne wie Saddam als Sprachrohr aller Araber stilisiert hätte, gab überraschend jeden Widerstand auf: Mohammed al-Ghaddafi. Libyen schwört dem Terrorismus ab, entschädigt frühere Opfer und verzichtet auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen.

Kaum war diese Nachricht verdaut, bebte die Erde im Iran und mit ihr eine weitere politische Konstante: Nach mehr als zwanzig Jahren Funkstille erwogen die USA wieder Gespräche mit Teheran. Nur zwei Wochen zuvor hatte der Iran unangekündigten Inspektionen der Internationalen Atomenergie-Behörde in seinen Atomanlagen zugestimmt. Das war besonders der hartnäckigen Vermittlung Frankreichs und Deutschlands zu verdanken.

Um ein weiteres Land auf der „Achse des Bösen“ ist es dagegen stiller geworden. Syrien tappt derzeit auf leisen Sohlen. Die Entwicklung der vergangenen Wochen und Monate dürfte Damaskus bitter aufgestoßen sein. Je mehr sich die Fronten für die USA lichten, desto stärker gerät Syrien wieder ins Visier. Seit dem Irak-Krieg hat Baschar al-Assad eine „Low-Profile“-Strategie gewählt, um die Amerikaner nicht zu provozieren. Zwar arbeitet Syrien seit dem 11. September bei der Suche nach Terroristen und nun nach irakischen Saddam-Anhängern eng mit der CIA zusammen, keine Anzeichen gibt es jedoch für einen fundamentalen Politik-Wechsel à la Ghaddafi.

Syrien war bisher auch, um mit Bushs Worten zu sprechen, weniger böse als Libyen. Zwar hatte der alte Hafez al-Assad im Kalten Krieg mit der Sowjetunion paktiert, die palästinensische Intifada unterstützt und sich außenpolitisch nie in ein dem Westen passendes Korsett zwingen lassen. Diese Eigenwilligkeit setzt sein Sohn fort. Doch hatte Assad keine Passagiermaschinen über Europa abschießen und Bomben in Berliner Diskotheken werfen lassen. Syrien verfolgt ein eher nationales Programm. Nicht umsonst hatten sich die Baathisten in Damaskus mit ihren Partei-Brüdern in Bagdad überworfen. Sie wollten sich auf ein starkes Syrien konzentrieren, statt das Fernziel eines Großarabien zu verfolgen. Dementsprechend pragmatisch fällt Syriens Staatsrason aus.

Ironischerweise fällt ausgerechnet Syrien seit dem Irak-Krieg die Rolle des pan-

arabischen Fürsprechers zu. Das Regime in Damaskus spielt die Karte gerne, da dies innenpolitische Legitimation verschafft. Denn wirtschaftlich steckt das Land in der Krise. Politische Reformen, die sich kurz nach Baschars Amtsantritt 2000 andeuten, sind ebenfalls ins Stocken geraten. Ein Schwenk zum islamischen Populismus, wie ihn Saddam vollzog, scheidet für die religiös liberalen Alawiten aus. Trotz wachsenden außenpolitischen Druckes deutet nichts darauf hin. Stattdessen halten die Geheimdienste die Islamisten weiter in Schach. Deshalb ist die scharfe US-Politik gegenüber Syrien nicht auf Anhub zu verstehen.

„Demokratie“ als Worthülse

Mit dem Kuhhandel, den Washington mit Tripolis geschlossen hat, nehmen die USA einen politischen Richtungswechsel in Kauf; vielleicht ist es auch nur eine rhetorische Nuance: Das autoritäre und potenziell dynastische Regime Ghaddafis erhält den Segen der USA – vom Projekt einer Demokratisierung des Nahen Ostens ist plötzlich keine Rede mehr.

Schon lange haben Beobachter an den hehren Worten Washingtons gezweifelt. So sagte kürzlich der schottische Politologie- und Nahost-Experte Raymond Hinnebusch in Damaskus, Demokratie aus dem Mund der Bush-Regierung sei eine „leere Worthülse“. Was die USA wirklich wollten, seien „gefügte Regime“, eventuell mit demokratischem Anstrich, aber mit autoritärem Kern, wie in Ägypten, Jordanien und eventuell auch im Irak, nachdem die Gefahren deutlich geworden seien. Ziel der Amerikaner seien „liberale Oligarchien“, so Hinnebusch. „Wenn man Demokratie im Nahen Osten fördert, würde Washington genau die Kräfte hervorrufen, die gegen seine Interessen sind.“ Auch der republikanische US-Außenpolitiker Brent Scowcroft zog die Absicht in Zweifel, den Nahen Osten wirklich demokratisieren zu

wollen. Dies sei „unrealistisch und gefährlich“.

Der Fall Libyen bestätigt diese Stimmen. Dennoch hatten die Amerikaner bisher keinen Hehl daraus gemacht, dass ihnen ein Regimewechsel in Damaskus willkommen wäre. Dies obwohl das Baath-Regime – im Guten oder Schlechten – bisher ein Garant für Stabilität gewesen ist. Vor 1971 war Syrien das putschreichste Regime in der arabischen Welt.

Der wahre Grund: Nicht in erster Linie den USA, sondern Israel ist Syrien ein Dorn im Auge. Auch der Irak-Krieg stand bereits mit auf der israelischen Agenda. Nun ist Syrien Israels Feind Nummer eins. Israels geschicktester Schachzug nach dem 11. September war, den Begriff Terrorismus auf alles auszuweiten, was mit palästinensischem Widerstand in Verbindung steht. Auch wenn er gegen eine völkerrechtswidrige Besatzung gerichtet ist und nicht nur Selbstmord-Attentate bedeutet. So wurde es möglich, den Erzfeind Syrien international auch rhetorisch in die Enge zu treiben.

Denn das Regime verstand sich stets als Fürsprecher der palästinensischen Sache und gewährt palästinensischen Organisationen bekanntlich Gastrecht. Doch das heißt nicht, dass Damaskus zur Stabsstelle für Selbstmord-Attentate geworden ist, wie Israel im Oktober mit seinem Bombenangriff nahe der syrischen Hauptstadt der Weltöffentlichkeit unterschieben wollte. Die Wirklichkeit sieht differenzierter aus. Ebenso absurd ist es, das offizielle Syrien mit al-Kaida gleichzusetzen. Dies ist eine Propaganda, die sich bereits im Irak als dünn erwiesen hat – und allenfalls im Nachkriegs-Chaos zur *self-fulfilling prophecy* wurde.

Ein weiteres Argument gegen Syrien ist dessen Unterstützung der schiitischen Hisbollah-Miliz. Damaskus will sich trotz der „Low-Profile-Strategie“ möglichst viele Optionen offen halten. Aufgrund seiner militärischen Schwäche will auch

Plakatwände mit dem Konterfei des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad (vorn) und seines Vorgängers und Vaters Hafis al-Assad sind am 4. Mai 2003 im Viertel Raoche von Beirut zu sehen. Die Rahmenbedingungen im Nahen Osten haben sich nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein im Irak nachhaltig verändert.

© dpa, Foto: Nelson



Baschar nicht auf die Hisbollah als verlängerten Arm im Libanon verzichten, solange Israel die Golanhöhen besetzt hält.

Einerseits hat die Hisbollah das abscheuliche und nicht zu rechtfertigende Instrument der Selbstmord-Attentate eingeführt, andererseits hat sie sich 1982 als Reaktion auf den israelischen Einmarsch in den Libanon gegründet und sich zehn Jahre später auch als politische Partei etabliert. Die Wahlen wurden selbst vom Westen als fair akzeptiert. Die „Partei Gottes“ hat internationale Ambitionen aufgegeben und sich weit in die libanesische Gesellschaft verzweigt, unter anderem mit sozialen Einrichtungen und gesellschaftlichen Dienstleistungen, die der fragmentierte und schwache Staat nicht selbst leistet. Ohne die Ziele der Hisbollah unterstützen zu müssen, steckt hier ein Dilemma, das der demokratischen Legitimierung von Palästinenserpräsident Jas-

sir Arafat ähnelt: Wie können demokratische Staaten wie die USA oder Israel den politischen Willen anderer ignorieren oder ihn sogar als terroristisch abstempeln?

Nährboden für Fanatismus

Diese Frage gilt besonders dann, wenn Staaten einseitig das Völkerrecht aufkündigen und unter dem Deckmantel moralisch-missionarischer Ziele die „Neuordnung“ von Regionen anstreben. Das hat schon unter US-Präsident Woodrow Wilson nach dem Ersten Weltkrieg nicht funktioniert. Bushs Doppelmoral hat nun dazu geführt, dass Pan-Arabisismus im Nahen Osten immer stärker zum Synonym für Anti-Amerikanismus geworden ist. Deshalb kann der augenscheinliche Erfolg von Bush und Blair zum Jahresende 2003 leicht zum Pyrrhussieg werden. In den Worten Herfried Münk-

lers besteht zwar die Chance, dass Bushs angestrebte „Überführung militärischer Stärke in politische Macht“ Wirklichkeit wird, doch eben die politischen Ziele sind umstritten. Zudem ist der Preis dafür äußerst hoch.

Gefährdet ist nicht nur das mühsam aufgebaute Völkerrecht mit weit reichenden Konsequenzen für künftige Konflikte. In der Bilanz stehen auch tausende tote Zivilisten, eine zerstörte Infrastruktur, durch Uran-Munition verseuchte Böden sowie ein Gefühl der Ohnmacht vieler Araber, die sich an Kolonialzeiten erinnern fühlen. Die Freude über den Sturz Saddams kann das bei vielen nicht aufwiegen. Der Frust entlädt sich allzu häufig in islamischer Fanatik. Diese hält weit aus länger an als ein Krieg, vielleicht Generationen, und schließt den Teufelskreis zum Nährboden für die aktuelle Form des Terrorismus.

Zivilgesellschaft fördern

Deshalb müssen sich die USA die Frage gefallen lassen, warum sie sich nicht für politische Kräfte innerhalb eines Landes interessieren, die von sich aus und mit friedlichen Mitteln Veränderungen schaffen können. Bewegungen, die in mehreren arabischen Staaten für eine stärkere Zivilgesellschaft eintreten, sind von den USA nicht beachtet worden und verkümmern unter den „gefügigen“ autoritären Regimen. Statt politischer Feinjustierung fährt Washington eine ausschließlich militärisch ausgerichtete Kraftpolitik. Dies wurde in der Konzeptlosigkeit nach dem Irak-Krieg besonders deutlich.

Doch gerade in Syrien bietet sich eine Feinjustierung an. Dort hat sich eine intelligente Opposition herausgebildet. Sie besteht einerseits aus linken Intellektuellen der Zivilgesellschaftsbewegung und andererseits aus moderaten islamischen Strömungen. Beide haben das Potenzial, Veränderungen von innen zu bewirken. Damit ginge auch eine Verbesserung der

Menschenrechte einher, für die sich Diplomaten der EU in Damaskus übrigens weitaus mehr engagieren als ihre US-Kollegen. Gleichzeitig haben die Europäer, anders als die Amerikaner, die Tür zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit geöffnet. Sie setzen auf das bewährte deutsch-deutsche Prinzip „Wandel durch Handel“.

Das Domino auf der „Achse des Bösen“ kann sich als Mikado entpuppen, wenn am Ende doch alles beim Alten bleibt. Pure Kraftpolitik ohne politisches Konzept und Durchhaltewillen hat dazu geführt, dass sich in Afghanistan der Einfluss der Taliban wieder voranfrisst. Trotz der Festnahme Saddam Husseins ist auch die Zukunft des Irak noch lange nicht entschieden. In Libyen wird sich auf dem Gebiet der Menschenrechte und der politischen Partizipation nichts ändern.

Dennoch haben die USA mit dem libyschen Fall eine große Chance, ihre Glaubwürdigkeit in der muslimisch-arabischen Welt – und nicht nur dort – zumindest teilweise wiederherzustellen. Demokratieprojekt beiseite, sie könnten Libyen als wichtigen Baustein nutzen, um im Kampf gegen Massenvernichtungswaffen einen Paradigmenwechsel einzuleiten, und mit dem Nahen Osten als freier Zone beginnen. Doch dafür muss Washington mit einer Elle messen und gleiche Maßstäbe auch für Israel einfordern. Zumal das Land im Notfall die USA mit all ihrem Militärpotenzial im Rücken hätte. Natürlich ist dann auch Syrien gefordert, seine Karten auf den Tisch zu legen. Dazu ist es bereit, wie es Ende Dezember mit seiner im UN-Sicherheitsrat eingebrachten Resolution nochmals unterstrich. Damit würde ein weiteres Dominosteinchen im Sinne der USA und der ganzen Welt kippen. Ganz ohne Bomben. Glaubwürdigkeit und Konsequenz waren schon immer die besten Mittel, Kontrahenten an den Verhandlungstisch zu bringen.